

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Mittwoch, dem 29.11.2023, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:24 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 203/2023 2.0 - Gesellschafterdarlehen	6
3. Jahresabschluss 2022, hier: Beschluss über das 199/2023 Jahresergebnis 2022	7
4. Bericht zur Haushaltssituation 2023 198/2023	8
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von 193/2023 Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	9
6. Förderung über das Kommunalinvestitionsge- 160/2023 setz und Gute Schule 2020	10
7. Prüfungsergebnisse der Gemeindeprüfungsan- 223/2023 stalt NRW im Finanzbereich und Stellungnah- men der Verwaltung	11
8. Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssat- 174/2023 zung 2024: Erläuterungen zum Stellenplan	12
9. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 227/2023 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die	13

Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht
gegeben ist

- | | | | |
|------------|--|-----------------|-----------|
| 10. | Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen | 228/2023 | 17 |
| 11. | Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2022 | 197/2023 | 19 |

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	ab 09:05 Uhr
Gutsche, Guido	
Hugenroth, Bernhard	
Kleene-Erke, Andrea	
Kleibolde, Bernhard	
Koch, Karsten	bis 11:30 Uhr
Kocker, Dennis	
Kreft, Peter	
Kuttig, Joachim	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Ostermann, Norbert	
Schulte, Stephan	ab 09:10 Uhr
Schulze Westhoff, Stephan	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
Welscheit, Martin	
stellv. Ausschussmitglieder	
Geiger, Andrea	Vertretung für Herrn Kaup
von der Verwaltung	
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.	
Funke, Stefan, Dr.	
Glinka, Nicole	
Greßmeyer, Marina	
Kleier, Ulrike	
Kuhlbusch, Sandra	
Schleicher, Philipp	
Schreier, Petra	
Tecklenborg, Markus	
<u>Gast zu TOP 2:</u>	
Herr Prof. Dr. Schwarz,	
Geschäftsführung FMO	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Brockmann, Dagmar	
Kaup, Winfried	Vertretung durch Frau Geiger

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2: Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 2.0 - Gesellschafterdarlehen
- Anlage 2 Präsentation zu TOP 4: Bericht zur Haushaltssituation 2023
- Anlage 3 Präsentation zu TOP 9: Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist
- Anlage 4 Präsentation zu TOP 10: Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 17.11.2023 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 2.0 - Gesellschafterdarlehen	203/2023
-----------	--	-----------------

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Prof. Dr. Schwarz (Geschäftsführung Flughafen Münster/Osnabrück GmbH). Anschließend stellt Herr Prof. Dr. Schwarz anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt ist, die aktuelle Situation und die Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes 2.0 vor.

Herr Möllmann lobt die Führung des Flughafens, die positiven Zahlen seien bemerkenswert, und er betont zudem die Wichtigkeit des Standortes für die Münsterland-Region.

Herr Thiel führt aus, dass die aktuelle Besetzung der Geschäftsführung den FMO gut durch die Corona-Krise geführt hat.

Herr Kocker bestätigt, dass sich die SPD-Fraktion zum Fortbestand des Flughafens bekennt. Dabei solle weiterhin der Transformationsprozess, den die Politik gefordert habe, vom FMO umgesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Auf Basis des Finanzierungskonzeptes 2.0 (**s. Anlage**) genehmigt der Kreistag die Ausgabe eines Gesellschafterdarlehens (5. Rate) für **2025** in Höhe von 174.674 €.
2. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
3. Sämtliche Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 2.0 vorgesehen sind, daran beteiligen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 13 (8 x CDU, 1 x FWG, 4 x SPD)
Nein 4 (1 x Die Fraktion, 3 x Grüne)
Enthaltung 1 (1 x AfD)

3.	Jahresabschluss 2022, hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2022	199/2023
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2022, der im Jahresabschluss 2022 mit 3.189.537,19 € ausgewiesen ist, wird in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

4. Bericht zur Haushaltssituation 2023**198/2023**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt ist, über die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 15.10.2023 und stellt die wesentlichen prognostizierten Veränderungen sowie aktuelle Entwicklungen dar.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einer weiteren positiven Abweichung zum Finanzstatusbericht zum 15.07.2023 von rd. 9,37 Mio. €. Hauptursächlich für diese Änderungen seien die Budgets des Sozialamtes, des Jobcenters und der Bereich der Kämmerei.

Herr Dr. Funke führt aus, dass der Kreis Warendorf im November einen Bewilligungsbescheid für Zuweisungen aus Landes- und Bundesmitteln für Flüchtlinge in Höhe von rd. 4,2 Mio. € erhalten hat.

Im Bereich des Sozialamtes werden im Jahresabschluss 2023 zusätzliche Mittel i. H. v. rd. 2 Mio. € ertragswirksam zur Verfügung stehen, die bislang in das Ergebnis des Finanzstatusberichtes nicht eingeflossen sind. Hierbei handelt es sich um zurückgestellte Beträge für Leistungen der Krankenhilfe, die im laufenden Jahr wider Erwarten nicht in Anspruch genommen werden. Diese Beträge waren im Rahmen der Jahresabschlusserstellung und in der laufenden Bewirtschaftung nur schwer kalkulierbar, da dem Sozialamt keine Informationen seitens der Krankenkassen vorlagen, in welchem Umfang Krankenhilfeleistungen durch Hilfeempfänger - insbesondere durch geflüchtete Menschen aus der Ukraine - entstanden sind bzw. noch abgerechnet werden.

Ein Großteil der neuen Produktverbesserung im Budget des Jobcenters macht eine Steigerung in den Erstattungen überzahlter Leistungen aus, da ein gesteigerter Fokus auf Festsetzungen und Rückforderungen im Sachgebiet Passive Leistungen gelegt worden ist.

Herr Möllmann führt aus, dass die letzten zwei Jahre der Haushaltsberatungen von Unsicherheiten geprägt waren. Somit wurde in den einzelnen Fachämtern entsprechend vorsichtig geplant. Die Abweichung zwischen Finanzstatusbericht und Haushaltsplan 2023 sei sachlich und ausreichend erklärt worden, so Herr Möllmann.

Herr Kocker stellt dar, dass solche Abweichungen in den letzten Jahren wiederholt aufgetreten sind. Zudem betont er, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit den Umlagen im Vorfeld zu hoch belastet werden, auch wenn eine entsprechende Entlastung im Nachhinein erfolgt.

Herr Dr. Funke bestätigt dies und verweist darauf, dass auch erhebliche Verbesserungen zwischen Jahresabschluss und Haushaltsplan bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf zu verzeichnen sind, deren Ursache bei allen maßgeblich in den äußerst volatilen Planungsgrundlagen in diesen Krisenjahren zu sehen ist.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	193/2023
-----------	---	-----------------

Frau Schreier und Frau Kleier erläutern kurz die Neukalkulation der Gebühren. Die Kosten werden gegenüber dem Vorjahr erheblich steigen, hauptsächlich dafür seien die höheren Personalkosten aufgrund der Tarif- und Besoldungserhöhungen. Zudem zeichne sich ab, dass sich die Einsatzzahlen verringern bei hohen Fixkosten.

Frau Kleier berichtet, dass das Benehmensverfahren mit den Krankenkassen eingeleitet wurde, ein Besprechungstermin dazu soll am 4. Dezember stattfinden. (Hinweis: Zwischenzeitlich haben die Krankenkassen das Benehmen erklärt.)

Auf Anfrage von Herrn Budde erläutert Frau Schreier, dass eine Telenotarztzentrale in Münster bestehe. Dort seien täglich 24 Stunden Notärzte verfügbar, die digital zu Einsätzen im Kreis Warendorf zugeschaltet werden und Hilfestellung geben können.

Beschlussvorschlag:

1. Der als **Anlage 1** beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird zugestimmt.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

6.	Förderung über das Kommunalinvestitionsgesetz und Gute Schule 2020	160/2023
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Die in den Erläuterungen und der Anlage 1 beschriebene Fortschreibung des Konzepts zur Umsetzung des Förderprogramms „NRW.Bank.Gute Schule 2020“ (GS 2020) wird beschlossen.
2. Die in den Erläuterungen und den Anlagen 2 und 3 beschriebene Fortschreibung zur Finanzierung von Maßnahmen über das erste und zweite Kapitel des Kommunalen Investitionsförderungsgesetzes (KInvFG I und II) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

7.	Prüfungsergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Finanzbereich und Stellungnahmen der Verwaltung	223/2023
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet anhand der zu der Sitzungsvorlage gehörigen Anlage über die wesentlichen Feststellungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Bereich der Finanzen / Haushaltssteuerung für den Zeitraum September 2021 bis Februar 2023.

Das zentrale Fördermanagement soll aktuell nicht eingeführt werden, weil sich Förderbestimmungen, Verwendungszwecke etc. von Fachamt zu Fachamt stark unterscheiden. Die heterogene Förderstruktur erfordere das Fachwissen der jeweiligen Ämter. Bei größeren Projekten erfolge bereits eine enge Abstimmung mit der Kämmererei sowie ein zentrales Controlling.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

8. Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024: Er- läuterungen zum Stellenplan	174/2023
---	-----------------

Frau Schreier berichtet ausführlich zu der Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung.

Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2024 wurde eine Ausweitung der regulären Planstellen ohne kw-Vermerk um 23,5 Stellen (+30/-6,5) unumgänglich. Insgesamt wurden erstmalig 23,5 Stellen mit kw-Vermerken versehen. Die Kreisverwaltung spart insgesamt 6,5 Stellen ein. Rd. 24 Mio. Euro erhält der Kreis an Erstattungen für den Personalaufwand durch Dritte, vor allem durch Bund und Land, z.B. auch als Projektmittel (ohne Gebühren).

Bis zum Jahr 2033 wird es für den Kreis Warendorf rd. 270 demografische Abgänge geben, die Fluktuation liegt zwischen 60-70 Personen jährlich.

Herr Menke bedankt sich für die Begleitvorlage und die schnelle Reaktion auf gestellte Fragen zu einzelnen Positionen.

Herr Schulze-Westhoff lobt die ausführliche und transparente Begleitvorlage. Die Stellenausweitungen seien oftmals auch wegen neuer Aufgaben durch die Bundes- und auch Landespolitik notwendig.

Die Anfrage von Die Fraktion/Die Linke/Die Partei wird von Frau Schreier wie folgt beantwortet:

Wie viele Beschäftigungsverhältnisse beim Kreis Warendorf sind aktuell befristet?

Aktuell arbeiten 135 Beschäftigte im Rahmen von Zeitverträgen. Diese sind als VZÄ, soweit sie nicht auf Planstellen geführt werden, in den jeweiligen Rubriken im Anhang der Begleitvorlage enthalten.

Was sind jeweils die Begründungen?

14 Beschäftigte befinden sich noch im Zeitvertrag, weil keine Planstelle für sie vorhanden ist. Für 2024 sind für diese Personen Planstellen vorgesehen, so dass dann Entfristungen vorgenommen werden können.

37 Beschäftigte arbeiten im Rahmen von Mini- bzw. Midijobs in Bereichen, in denen der Bedarf nicht auf Dauer festgelegt ist.

46 Personen arbeiten in Bereichen mit vorübergehenden Bedarfen, z.B. in Projekten, Förderprogrammen oder wo Arbeitsspitzen bestehen.

38 Beschäftigte in Zeitverträgen sind auf Planstellen eingesetzt. Es erfolgt keine Entfristung, weil sie z.B. im Rahmen von Vertretungen (Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit) tätig sind oder befristete Stundenreduzierungen von Kolleginnen und Kollegen kompensieren. Im Bereich des ASD erfolgen Einstellungen vielfach zunächst befristet, um die vielfach dort eingestellten Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger auf

die anspruchsvolle Aufgabe im ASD vorzubereiten. Bei Bewährungen erfolgen dort sukzessive Entfristungen.

Der Antrag der FWG vom 29.10.2023 zur Reduzierung der regulären Planstellen - so weit wie möglich - wird unter der Voraussetzung zurückgezogen, dass kommende Stellenpläne kritisch geprüft werden und hierüber entsprechend berichtet wird.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

9.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	227/2023
----	---	-----------------

Zunächst stellt Herr Dr. Funke anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage und als **Anlage 3** der Niederschrift beigelegt ist, die wesentlichen Änderungen seit der Etateinbringung am 20.10.2023 dar.

Anschließend ruft Frau Kleene-Erke die Teile des Haushaltsplanes 2024 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang wurden folgende Anträge und Anfragen beraten:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2023

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht der vom Kreis verschickten Postsendungen hinsichtlich wiederkehrender Sendungskategorien zu erstellen, für die keine gesetzliche Verpflichtung des postalischen Versandes besteht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Sendungskategorien einen Vorschlag zur Umstellung auf einen digitalen Versand zu machen.

Abstimmungsergebnis: Antrag zurückgezogen, Bericht im Fachausschuss

Antrag der Fraktion FWG vom 15.11.2023

Die FWG Kreis Warendorf beantragt:

1. Für das Jahr 2024 werden 3 Millionen Euro in die bestehenden Anlagefonds transferiert.
2. Weitere 2 Millionen Euro werden in kurzfristigen Anlagen wie Tagesgeld, Bundesanleihen, ... angelegt.

Abstimmungsergebnis: Antrag in den nächsten Finanzausschuss vertagt

Antrag der Fraktion FWG vom 29.10.2023

Die FWG-Kreistagsfraktion beantragt (mündlich in der Sitzung geändert):

Der Ansatz für die Neumöblierung des Sparkassenforums wird mit einem Sperrvermerk versehen und nach einem Bericht der Konzeption erneut beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2023

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im zuständigen Ausschuss über die Entwicklung des Büroflächenbedarfes am Standort des Kreishauses zu berichten. Hierbei sind besonders die Auswirkungen des von der Verwaltung initiierten Desksharings auf den Flächenbedarf zu benennen.
2. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, darzulegen welche Baumaßnahmen zur Schaffung von Büroflächen für die Kreisverwaltung in den nächsten Jahren beabsichtigt sind und welche Kosten hierfür kalkuliert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 1 (1 x AfD)

Antrag der Fraktion CDU vom 21.11.2023

Die CDU-Fraktion beantragt die Unterstützung des „Theaters der blauen Inseln“ für das Jahr 2024 i. H. v. 3.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2023

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt die Förderung des Betreuungsvereins Innosozial im Kreis Warendorf e.V. in Höhe von 30.000 € für die Aufrechterhaltung von Betreuungen im Kreis Warendorf.

Abstimmungsergebnis:

Antrag vertagt, Verein soll zunächst offene Fragen beantworten und anschließend Beratung im Fachausschuss, Mittel sollen im Jahr 2024 ggf. überplanmäßig bereitgestellt werden.

Antrag der Fraktion FWG vom 15.11.2023

Die FWG Kreis Warendorf beantragt:

Änderung zum Antrag vom 31.10.2023: Die Jugendamtsumlage wird auf 22,4 v. H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: erledigt durch Änderungsliste

Antrag der Fraktion SPD vom 09.11.2023

Die SPD-Fraktion beantragt, den bisher geplanten Hebesatz der Kreisumlage von 33,00 % um 1,5 % auf 31,5 % zu senken.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 4 (3 x SPD, 1 x Grüne)

Nein 11 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 1 x Die Fraktion)

Enthaltung 2 (2 x Grüne)

Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FWG vom 21.11.2023

Die Fraktionen der CDU, FDP und der FWG beantragen:

Der Hebesatz der Kreisumlage wird auf 32,0 v. H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 2 x Grüne)

Nein 5 (1 x Die Fraktion, 3 x SPD, 1 x Grüne)

Enthaltung 0

Antrag der Fraktion FWG vom 05.11.2023

Die FWG-Kreistagsfraktion erläutert und beantragt:

In der Frage der Zielformulierungen regt die FWG-Kreistagsfraktion an, die Formulierungen in den einzelnen Bereichen auf Aktualität zu prüfen und entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 (8 x CDU, 1 x FWG, 3 x Grüne)
Nein 0
Enthaltung 5 (3 x SPD, 1 x Die Fraktion, 1 x AfD)

Antrag der Fraktion FWG vom 29.10.2023

Die FWG-Kreistagsfraktion erläutert und beantragt:

Die Ausweitung der regulären Planstellen wird so weit wie möglich zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: Antrag unter Tagesordnungspunkt 8 zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2024, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus der Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 2 x Grüne)
Nein 4 (3 x SPD, 1 x Die Fraktion)
Enthaltung 1 (1 x Grüne)

10.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und Anlagen	228/2023
------------	--	-----------------

Herr Dr. Funke stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als digitale Tischvorlage und als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt ist, die Haushaltsdaten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden dar. Außerdem liegen die Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024, die Antragsliste der Fraktionen zum Haushalt 2024, die Liste der Einwendungen der Städte und Gemeinden sowie die Stellungnahme der Stadt Beckum zum Entwurf der Haushaltssatzung 2024 als Tischvorlage aus.

Frau Kleene-Erke regt an, die Ziff. 1 der Einwendungsliste anzupassen, da nunmehr ein Hebesatz von 32,0 % beschlossen worden sei. Herr Dr. Funke teilt mit, dass die Anpassung zur Sitzung des Kreisausschusses erfolge.

Beschlussvorschlag:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (**Anlage 2**) ergeben, werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 13 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 3 x Grüne)
Nein 0
Enthaltung 4 (3 x SPD, 1 x Die Fraktion)

2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 17.10.2023 wird zur Kenntnis genommen, ebenso die Aussagen zur Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigelegten tabellarischen Übersicht (**Anlage 3**) behandelt.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 32,0 v. H festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 2 x Grüne)
Nein 4 (3x SPD, 1 x Grüne)
Enthaltung 1 (1 x Die Fraktion)

4. Der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 22,4 v. H festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

5. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2024 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 (8 x CDU, 1 x FWG, 1 x AfD, 2 x Grüne)

Nein 3 (3x SPD)

Enthaltung 2 (1 x Die Fraktion, 1 x Grüne)

11.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2022	197/2023
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt den Beteiligungsbericht 2022.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 12:24 Uhr die Sitzung.

Andrea Kleene-Erke
Vorsitzende

Dr. Stefan Funke
Schriftführer